Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 238. | Dresden, Freitag den 12. Oktober 1917. | 28. Jahrg.

Rücktritt des Staatssekretärs v. Capelle?

Michaelis, der Unglücksmann

Immer mehr stellt sich heraus, welch geradezu unheimliches Unheil die Herren Michaelis und Capelle mit ihren unglückseligen Enthüllungen angerichtet haben. In der ausländischen Presse werden sie mit lautem Jubel begrüßt. Die dortige kriegshetzerische Presse erklärt natürlich die von Michaelis und Capelle gemachten Andeutungen als einen Beweis dafür, daß es bei unserer Marine drunter und drüber geht und benützt die wohlfeile Gelegenheit, um ihren Lesern weis zu machen, daß alle deutschen Friedensbemühungen nur daher kommen, daß Deutschland vor dem Zusammenbruch steht. Wie oft ist in die Welt hinausposaunt worden, daß das „Friedensgerede" den Krieg verlängere. Aber aller Schaden, den etwa die falsche Darstellung der Gründe unseres Friedensbruches im Ausland angerichtet haben könnte, kann nur bedeutungslos sein gegenüber den Nachteilen, die der täppische Streich der Michaelis und Capelle zur Folge haben muß. Es ist gar nicht abzusehen, wie sehr durch das törichte Vorgehen der Herren der Erfolg all unserer Friedensbemühungen beeinträchtigt wird. Es scheint jetzt beinahe so, als ob Capelle als Sündenbock in die Wüste geschickt werden soll. Die Berliner Volkszeitung weiß zu berichten,

„daß Herr v. Capelle bei seinen Beschuldigungen gegen die drei Genossen von der U. S. **weit über das hinausgegangen sei, was mit dem Kanzler verabredet worden war.** Der Kanzler solle erwägen, ob man diesen Sachverhalt nicht in irgendeiner Erklärung bekanntgeben könne. Wenn dem so ist, würden wir allerdings eine klare und offene Darlegung für zweckmäßig halten. Das um so mehr, als jetzt bekannt wird, daß die Reichsleitung gleich nach den Aburteilungen in der Marine **ein enges Gremium von Abgeordneten mit dem Reichskanzler zusammengebracht** hat, wobei erörtert wurde, ob der aktenmäßige Tatbestand eine Handhabe biete, gegen die drei Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokraten Haase, Dittmann und Vegitherr vorzugehen. **Damals ist man zu der Ansicht gekommen, daß ein strafbarer Zusammenhang zwischen den Einzelfällen von Meuterei und der Agitaiton der drei unabhängigen sozialdemokratischen Abgeordneten nicht nachweisbar sei.** Bei dieser Sachlage wird der Vorstoß des Staatssekretärs v. Capelle noch unverständlicher, und es ist klar, daß seine Stellung unhaltbar ist, wenn er wirklich entgegen der Verabredung mit dem Reichskanzler weiter gegangen ist, als vereinbart war."

Und die Vossische Zeitung will wissen,

daß Admiral v. Capelle die Konsequenzen aus diesem Widerspruch seiner Darlegungen zur Auffassung des Reichskanzlers ziehen wird.

Es kann natürlich davon keine Rede sein, daß sich Herr Michaelis dadurch entlastet, daß die Hauptschuld auf Herrn v. Capelle geschoben wird. Sind die Dinge so, wie es die Berliner Volkszeitung darstellt, so wird die Sache ja noch toller. Es ergäbe sich daraus nur, daß der Vorstoß noch blödsinniger war, als er gewesen ist, und wenn Michaelis ein derartiges Vorgehen, über dessen Tragweite er sich klar sein mußte, unternimmt, so mußte er vorher sich mit seinem Untergebenen so genau verständigt haben, daß jeder Irrtum und jedes Mißverständnis ausgeschlossen war. Deshalb trägt in erster Reihe der Reichskanzler und nicht Herr v. Capelle für die unglückselige Geschichte die Verantwortung, und im dringenden Interesse des deutschen Volkes liegt es, daß nicht nur Herr v. Capelle, sondern vor allem der Kanzler verschwindet. Ein Mann, bei dem man immer Furcht haben muß, daß eine lebensgefährliche Ungeschicklichkeit herauskommt, wenn er den Mund auftut, ist sicher nicht geeignet, in einer Schicksalsstunde des deutschen Volkes den höchsten Posten im Reich zu bekleiden.

•

Die erschütterte Stellung des Reichskanzlers.

Die **linksliberale Börsenzeitung** schreibt: **Die Stellung des Reichskanzlers wird im Zusammenhange mit den Dienstags-Ereignissen nicht mehr als gesichert betrachtet.** Man ist, wie wir von verschiedenen Seiten hören, überzeugt, daß der Kanzler zu dem Vorstoß des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes mitgerissen worden ist. **Es ist wohl überflüssig, zu unterstreichen, daß ein Reichskanzler, der der voreiligen Initiative seiner nachgeordneten Beamten derart unterliegt, zur Weiterführung der Reichsgeschäfte nicht mehr als geeignet angesehen wird.** Diese Ansicht gewinnt auch in denjenigen Kreisen der Mehrheitsparteien immer mehr Gestalt, die dem Lande angesichts des Ernstes der Zeit innere Konflikte gern ersparen möchten. Diese Gründe und zum Teil auch eine gewisse Abneigung, sich geschlossen hinter die Unabhängigen zu stellen, haben allein verhindert, daß nicht schon am Dienstag das Mißtrauensvotum eine Mehrheit erhielt.

Am Mittwoch abend hat der Reichskanzler den Vertrauensmann der Mehrheitsparteien, den fortschrittlichen Abgeordneten v. Payer, empfangen, der ihn über die Stimmung, wie sie in den interfraktionellen Besprechungen zum Ausdruck gekommen war, unterrichtete. In Kreisen der Mehrheitsparteien glaubt man, daß die kritische Situation am einfachsten durch ein Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Capelle erleichtert werden würde.

•

Der Widerhall der Reichstagsdebatte im Ausland

Nach Depeschen des Nieuwe Rotterdamschen Courants machen die **Mitteilungen Capelles über die Meuterei in der deutschen Flotte das größte Aufsehen.** Die Londoner Abendblätter betonen, daß die Vorgänge als Vorzeichen eine weitere Entwicklung in der gleichen Richtung erwarten lassen, sie seien sogar als Sturmzeichen anzusehen. Gleichzeitig veröffentlicht Reuter eine Unterredung mit einem Admiral, der erklärt, daß die Meuterei **eine der erstaunlichsten Tatsachen des ganzen Krieges sei.** Wenn sie nicht amtlich im Reichstag eingestanden worden wäre, würde man ihr keinen Glauben haben beimessen können. Die Wirkung eines solchen Zugeständnisses auf die öffentliche Meinung wäre noch nicht vorauszusehen. Man dürfe jetzt in Deutschland alles erwarten. Der Vorfall werfe auf Deutschlands immer wiederholte **Friedensversuche ein bezeichnendes Licht.** Tatsächlich sei die Meuterei ein neuer Beweis für **den sinkenden Mut und die besorgniserregende Lage in Deutschland.** Die Verbündeten müßten jetzt noch mehr als früher **die feindlichen Machenschaften zur Wiederherstellung des Friedens zurückweisen.** Die Entbehrungen in Deutschland seien unerträglich, und je länger der Krieg dauert, um so härter müssen die Bedingungen sein, welche die siegreichen Verbündeten dem deutschen Handel in Zukunft auferlegen werden.

Lugano, 11. Oktober. Wie erwartet wurde, beutet die **italienische Presse die Ereignisse**, die sich in der gestrigen Reichstagssitzung abspielten, **nach jeder Hinsicht aus.** Die Ausführungen Capelles **heben die Blätter durch fetten Druck hervor.** — Der Eindruck auf die deutschfreundlichen Neutralen sei betäubend gewesen, die Anhänger der Entente frohlockten.

Fortdauernde Kämpfe in Flandern.

(W. T. B.) Amtlich. **Großes Hauptquartier, den 12. Oktober 1917.**

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Gestern beschränkte sich die Artillerietätigkeit in Flandern auf starken Feuerkampf im Küstenabschnitt und im Houthulster Walde. Während der Nacht lag starkes Wirkungsfeuer auf dem Kampfgelände von der Yser bis zur Straße Menin—Ypern, es steigerte sich heute früh schlagartig zum Trommelfeuer.

In breiten Abschnitten haben dann neue feindliche Angriffe eingesetzt.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Nordöstlich von Soissons und östlich der Maas schwoll die Kampftätigkeit der Artillerien zu großer Heftigkeit an. Bei Vauxaillon stießen starke französische Erkundungstrupps vor; sie wurden abgewiesen. Oestlich von Samogneux kam es zu örtlichen Grabenkämpfen am Osthange der Höhe 344.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Riga und am Zbrucz war die Gefechtstätigkeit lebhafter als an den Vortagen. Bei Zusammenstößen von Streifabteilungen fielen zahlreiche Gefangene in unsere Hand.

Mazedonische Front.

Im Becken von Monastir und im Cerna-Bogen bekämpften sich die beiderseitigen Batterien zeitweilig stark. Am rechten Wardar-Ufer scheiterte der Angriff einer englischen Kompanie vor den bulgarischen Linien.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die militärische Aufklärung.

In der gestrigen Reichstagssitzung ist der sozialdemokratische Antrag, den Aufklärungsdienst beim Heere aufzugeben, abgelehnt worden. Die Soldaten werden sich also weiterhin bieten lassen müssen, daß allerhand politische Kannegießereien über sie ergehen. Von den Regierungsstellen ist zwar versichert worden, daß bei dieser Aufklärung die Politik möglichst aus dem Spiel bleiben solle, aber es ist zugleich zugegeben worden, daß die Grenzen, deren Beachtung von der Reichs- und Heeresleitung gewünscht wird, von den zu der sogenannten Aufklärung berufenen Vorgesetzten in der Praxis vielfach nicht eingehalten worden sind, und man hat nicht versprechen können, daß das in der Zukunft nicht mehr vorkommen wird.

Es ist zwar zugesagt worden, daß bei allen Verstößen sofort eingeschritten werden soll. Aber damit ist ja nur wenig gedient, denn nur ausnahmsweise, etwa, wenn ein Soldat sich mal bei einem Abgeordneten beschwert, werden Verstöße gegen die von der Heeresleitung aufgestellten Regeln zur Kenntnis der obersten Stellen kommen. Kaum jemals wird es ein Soldat wagen, seinen Vorgesetzten Ungelegenheiten zu bereiten, indem er Beschwerde an die zuständigen militärischen Stellen einreicht, weil der Vorgesetzte bei der Aufklärungsarbeit unvorschriftsmäßig verfahren ist. Der einzelne Mann ist beim Militär seinen Vorgesetzten fast völlig wehrlos in die Hand gegeben, und niemand ist davor sicher, daß er nicht eines schönen Tages die Ungnade eines durch eine derartige Beschwerde verärgerten Vorgesetzten sehr unangenehm zu fühlen bekommt. Der Reichskanzler und der Kriegsminister haben also gar keine Möglichkeit, zu überwachen, ob ihre schönen Versprechungen auch nur einigermaßen gehalten werden.

Dazu kommt, daß tatsächlich den Leuten, die nach den vom Reichskanzler und Kriegsminister aufgestellten Grundsätzen handeln sollen, eine für sie kaum erfüllbare Aufgabe übertragen wird. Die Dinge, die bei der Aufklärung behandelt werden sollen, hängen so eng mit politischen Problemen zusammen, daß allenfalls ein geschulter Politiker von großem Takt darüber reden könnte, ohne dabei mit den politischen Anschauungen der einen oder anderen Partei in Konflikt zu geraten. Sicher kann das nicht der Durchschnittsoffizier, der in der Praxis die Aufklärung recht und schlecht zu erledigen haben wird, in sehr vielen Fällen wohl ein Mann, der bis dahin seine politischen Kenntnisse aus irgendeinem Generalanzeiger bezog und der manchen von den Leuten, die er aufklären soll, an politischen Kenntnissen und politischer Einsicht nicht das Wasser reichen kann.

So sind wir überzeugt, daß in den meisten Fällen die Entstehungsursache des Krieges einfach so dargestellt wird, daß Deutschland von seinen auf seine wirtschaftliche Blüte neidischen Gegnern überfallen worden ist. Ein Standpunkt, der zwar den Vorzug der verblüffenden Einfachheit hat, zu dem aber auch derjenige manches sagen kann, der zugibt, daß der deutsche Kaiser und der deutsche Reichskanzler sich in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch die allergrößte Mühe gegeben haben, den Krieg zu verhindern, und daß sie ihr Ziel vielleicht auch erreicht hätten, wenn nicht die Herren Suchomlinow und Konsorten die Mobilisierung der russischen Armee durchgesetzt hätten. Ausgeschlossen ist es z. B., daß bei dieser Aufklärung mit erwähnt wird, welche verhängnisvolle Rolle die Hetzereien der Alldeutschen unter den Entstehungsursachen des Krieges gespielt hat.

Deshalb muß diese Aufklärung in der Praxis zu einer parteiischen Agitation werden, die mit den politischen Anschauungen weiter Volkskreise im ärgsten Widerspruch steht. Das Schlimmste aber, was man einem denkenden Menschen zumuten kann, ist, daß man ihn zwingt, sich politische Anschauungen vorpredigen zu lassen, die er für völlig verkehrt hält, ohne daß er sich überhaupt nur mucken darf. Daß man es fertig bringt, etwas derartiges den Bürgern im feldgrauen Rock zuzumuten, zeigt, daß bei uns noch gar viel von der echtpreußischen Ueberlieferung vorhanden ist, nach der eine hochwohlweise Obrigkeit die richtige Anschauung für ihre Untertanen festzusetzen hat.

Uns wird freilich diese Aufklärerei sicherlich keinerlei Schaden tun. Soweit die Soldaten politisch indifferent sind, werden sie sich dafür, daß man sie zum einem Vortrag kommandiert, dem sie nur geringes Interesse entgegenbringen, damit abfinden, daß sie bei dem Anhören ein möglichst geringes Maß von Aufmerksamkeit aufwenden. Soweit sie aber politisch denken können, werden sie über die Versuche, ihnen zwangsweise eine bestimmte Gesinnung beizubringen, empört sein, und der Aerger über die Verletzung ihrer staatsbürgerlichen Würde, die sie sich haben beim Militär gefallen lassen müssen, wird sie in der Absicht bestärken, bei den nächsten Wahlen mit dem Stimmzettel in der Hand das übrige dazu zu tun, daß mit den bei uns noch so reichlich vorhandenen Ueberresten des altpreußischen Herrengeistes recht gründlich aufgeräumt wird, jenes Geistes, der es allen erklärt, daß man diese ganze, so zwecklose und bedenkliche militärische Aufklärungsaktion ins Werk setzen konnte.

•

Reichstagsschluß bis Dezember.

Das Gesetz über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte wurde am Donnerstag vom Reichstage in dritter Lesung angenommen. Beide sozialdemokratischen Fraktionen stimmten dagegen; die Unabhängigen überhaupt und rundweg, die Sozialdemokratische Partei, weil die Reichsgelder an die Reedereien nicht nur als Darlehen gegeben werden, auch deshalb, weil man der allgemeinen Regelung des Kriegsschädenersatzes nicht die Entschädigung der Reeder vorausgehen lassen will.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde der Nachtragsetat bewilligt, der die Stelle des Vizekanzlers schafft und den Punkt hinter die Umordnung des Reichsamts des Innern setzt. Dr. David begründete die Ablehnung damit, daß gerade Dr. Helfferich als Vizekanzler keinerlei Bürgschaft für die Herstellung der notwendigen Einheitlichkeit in der Reichsregierung bietet. Wie notwendig sie aber ist, bewies unser Redner an dem merkwürdigen Teilungsprogramm, das Graf Hertling soeben für die elsaß-lothringische Frage aufgestellt hat. Ledebour richtete in dieser Debatte — die eigentlich keine war, da nur Gegner der Vorlage sprachen — die allerheftigsten Angriffe auf die Person des Dr. Michaelis, und Stadthagen teilte mit, daß Lulie Zietz im Zusammenhang mit der Marineangelegenheit verhaftet worden ist.

In der darauf fortgesetzten Verhandlung über Vereins- und Versammlungsrecht, Belagerungszustand, Zensur- und Schutzhaft sprach Dr. Müller-Meiningen mit größter Schärfe gegen die Militärdiktatur und die Begünstigung reichstagsfeindlicher und alldeutscher Zersplitterungsaktionen durch die Zensur. Dann hörte man zum erstenmal seit dem großen Krach Herrn Helfferich wieder — na ja, es war ja auch eine Jubiläumsdebatte, nämlich die 20. Zensurberatung seit Kriegsbeginn. Dittmann entrollte wieder ein düsteres Bild, dem nur die üblichen Ordnungsrufe einige Lichter aufsetzten. Der neue Regierungsmann Wallraf redete vergebens viel, um zu versagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19171012/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG